INGO WAGNER / DPA

Windkraftanlage (an der Nordseeküste): *Gutgemeinte Förderung*

GELDANLAGE

Stürmische Windstille

Das rot-grüne Lieblingsprojekt lockte Tausende Investoren in Windkraft-Fonds. Oft gab es keine Rendite. Dafür droht manchen Anlegern nun auch noch Ärger mit der Steuerfahndung.

Mit dem Slogan „Wir bewegen unendlich viel Energie“ präsentierte sich das Windenergie-Unternehmen Provento Ende 2001 als weltweit expandierende Erfolgsfirma. Auf Anzeigenfotos waren Bundesaußenminister Joschka Fischer oder Umweltminister Jürgen Trittin werbewirksam neben dem vollbärtigen Provento-Geschäftsführer und gelernten Gastwirt Rudi Schmitz postiert.

Das junge Unternehmen aus der Eifel revanchierte sich für so viel Regierungsprotektion mit einer Spende von rund 40 000 Euro für die Grünen und gehörte damit zu den größten Unterstützern der Partei. Die Kontakte zu Fischer und Co. waren ohnehin eng. Als Dietmar Rieth, energiepolitischer Sprecher der Grünen im Mainzer Landtag, nicht mehr zur Wahl antrat, wurde er kurz darauf Vorstand bei der Provento.

Fast noch spektakulärer als der Aufstieg der 1997 gegründeten Firma war dann nur eines: ihr Absturz.

Seit Anfang 2004 ermittelt die Staatsanwaltschaft Koblenz mit dem Landeskriminalamt Rheinland-Pfalz gegen Schmitz und zwei weitere Provento-Verantwortliche wegen Betrugs. Dieses Jahr soll das Verfahren abgeschlossen werden.

Viele der Provento-Gesellschaften sind mittlerweile insolvent. Hunderten Anlegern, die in Windfonds der Provento investiert haben, sitzt nun die Steuerfahndung im Nacken, während die Provento-Geschäftsführer alle Betrugsvorwürfe von sich weisen.

Der im Vorstand 2003 ausgeschiedene Rieth bestreitet, von den Machenschaften in seiner Firma gewusst zu haben. Die Staatsanwälte werfen ihm, anders als seinen Kollegen, inzwischen nur noch Bankrottdelikte vor.

Das Provento-Desaster ist krass, aber kein Einzelfall. Wie fast immer, wenn der Staat gutgemeinte Förderung in Milliardenhöhe gewährleistet, profitierten auch von dem rot-grünen Ökoboom in Sachen Windkraft Geschäftemacher aller Art. Ähnlich wie bei den Steuersparmodellen mit Ostimmobilien könnte nun auf deutsche Gerichte eine Klagewelle enttäuschter Anleger zurollen.

Insbesondere Besserverdiener ließen sich von steuermindernden Verlustzuweisungen von über hundert Prozent locken. Noch immer garantiert der Staat 20 Jahre lang für jede Kilowattstunde Strom, den die Windräder erzeugen, einen künstlich hochgehaltenen Preis. „In die Zukunft investieren. Sicher keine leere Floskel“, hieß es bei Anbietern wie Provento.

Bei so viel staatlichem Wohlwollen schauten die meisten Investoren nicht so genau hin. Viele fühlen sich nun abgezockt und wollen vor Gericht ihren Einsatz zurückhaben. In den Prozessakten findet sich die bisweilen bittere Wahrheit über eine Zukunftstechnologie, die ihre besten Jahre hinter sich zu haben scheint.

„Die Erträge liegen bei den Windparks Nieder Kostenz/Altweidelbach und Cond-Kehrig rund ein Drittel unter den prospektierten Werten“, sagt der Münchner Anwalt Mike Glückstein. In den Provento-Fonds habe es keine Rücklagen für windschwache Jahre gegeben. Geld für größere Reparaturen sei in der Kalkulation nicht vorgesehen gewesen. „Dabei gingen erste Getriebe schon nach zwei Jahren kaputt.“

Nach der Durchsuchung Dutzender Firmen und der Auswertung der meisten von 2500 Aktenordnern geht die Staatsanwaltschaft Koblenz davon aus, dass die Anleger von den Provento-Verantwortlichen Schmitz, Ciro Capricano und Bernd Berens wissentlich getäuscht wurden. „Die Sicher-

heitsabschläge in den Windgutachten wurden den Investoren bewusst vorenthalten“, so Oberstaatsanwalt Erich Jung. Nach Durchsuchungen bei 15 Gutachtern fanden die Staatsanwälte heraus, dass diese auch bei ihren Provento-Gutachten mit Abschlägen von 20 bis 30 Prozent kalkulieren und damit deutlich näher an den realen Winderträgen der vergangenen Jahre lagen.

„Wir haben branchenübliche Abschläge berücksichtigt“, sagt dagegen Schmitz und verweist auf ein Gerichtsurteil. Der Wind sei „ein Naturereignis“, erklärt der Gast- und Landwirt aus der Eifel die teilweise katastrophalen Ergebnisse der Fonds.

„Für Vermittlungsleistungen und damit in Zusammenhang stehende Leistungen“ erhielt die Vertriebsgesellschaft, die die Anleger beschwatzte, eine Provision von bis zu 20 Prozent. Im Prospekt waren maximal 5 Prozent Agio ausgewiesen. Provento habe die restlichen 15 Prozent, so sagt Schmitz, aus dem eigenen Gewinn gezahlt.

Beim Windpark Cond-Kehrig mussten die Anleger bereits 50, bei dem in Nieder Kostenz 40 Prozent ihrer Einlage nachschießen, damit sich die Windräder weiterdrehten. Auch die finanzierenden Banken mussten auf Zinsen verzichten, um die Windparks zu retten. Mittlerweile sind die Provento-Verantwortlichen vom Landgericht Koblenz zur vollen Rückzahlung der geleisteten Einlagen an die Kläger bei zwei Windparks – allerdings noch nicht rechtskräftig – verurteilt worden.

Zudem sind Hunderte Anleger mit knalligen Steuernachforderungen konfrontiert. Um für ihre Investoren maximale Vorteile herauszuholen, hatten die Provento-Geschäftsführer nach den Erkenntnissen der Ermittler bei mehreren Fonds Verträge rückdatiert, was Schmitz und Co. allerdings ebenfalls bestreiten. Das Ermittlungsergebnis der Staatsanwälte alarmierte die Steuerfahndung: Schmitz und Co. müssen mit einem Verfahren wegen Steuerhinterziehung rechnen. Die ahnungslosen Anleger erhielten Post von den Finanzbehörden, in denen sie zur Rückzahlung der gesparten Steuern aufgefordert werden.

Immer wieder verwies die Branche als Entschuldigung für ihr flaues Geschäft auf „die drei außergewöhnlich windschwachen Jahre“ (Bundesverband Windenergie BWE). Derweil trafen sich die Rechtsexperten zu Fachseminaren mit bezeichnenden Titeln wie: „Grüne Geldanlage in roten Zahlen – wer haftet?“ Dort wurden die Fachanwälte deutlich: „Viele Mängel sind hausgemacht. Bei dem Versuch, den Windfonds möglichst in gutem Licht erscheinen zu lassen, kommt der Hinweis auf Ertragsrisiken deutlich zu kurz“, monierten etwa die Anwälte Alexander Willand und Ulf Hellmann-Sieg.

In einem Arbeitspapier haben die beiden Experten eine Liste typischer Täuschungsmanöver erstellt. Da wird den Anlegern ein Messzeitraum von 13 Monaten

DESIGN SOLUTION

Provento-Transport: *„Naturereignis Wind“*

Provento-Manager Schmitz (r.)*: *Enge Kontakte*

als „jahrelange Messung“ vorgegaukelt. Das vorliegende zweite, deutlich schlechtere Windgutachten wird verschwiegen. Statt 10 Anlagen, von denen im Prospekt die Rede ist, stehen auf einmal 43 Windräder, die sich gegenseitig behindern. Mittlerweile gibt es bundesweit Dutzende Urteile zugunsten von Investoren wegen solcher Prospektmängel.

Da die Haftung für falsche Aussagen in den Prospekten auf drei Jahre nach Beitritt zu den Fonds begrenzt ist, nehmen die Anwälte zunehmend die länger haftenden Wirtschaftsprüfer ins Visier. Die wissen oft von deutlich kritischeren Windgutachten, ohne dass die Anleger darüber aufgeklärt wurden.

Trotz der vielen Probleme mit den mittlerweile über 16 000 Windrädern in Deutschland hält die Bundesregierung an ihrer Unterstützung fest. Kürzlich unterbrach der BWE eigens seine Mitgliederversammlung auf der Hannover-Messe, und der Präsident des BWE eilte zu Trittin, der auf seinem Messerundgang alte Bundesgenossen begrüßen wollte.

„Der Wind steht günstig bei einer Kooperation mit einem erfahrenen Partner, der auf Qualität, Solidität und Flexibilität setzt“, schrieb Holger Maug, Vorstand der Oldenburger EBV Management Holding AG noch 2002. Mittlerweile wurde die EBV an die spanische Gamesa, einen der Weltmarktführer in Sachen Windradherstellung, weiterverkauft.

Auch der Wissenschaftler Ingo Klemke glaubte der EBV, die „ca. 12,5 Prozent Ausschüttung p. a.“ bei einer „konservativen Prognoserechnung“ versprach, und investierte 1998 zusammen mit seiner Frau 400 000 Mark in den Windpark Wangenheim/Hochheim. Auf dem Titel des Prospekts: geduldige Kühe unter schlanken Windmühlen. Klemke hat den Glauben an die Ökoromantik inzwischen verloren.

Ausschüttungen seines Windparks im Landkreis Gotha hat er noch keine gesehen. Stattdessen irritieren ihn immer neue Schadensberichte. Der Getriebehersteller Flender musste schon kurz nach Inbetriebnahme die Getriebe von zehn Windrädern auswechseln. Immer wieder bleiben die Mühlen stehen. „Die Türme waren von innen verschimmelt, die Vergussfugen der Fundamente weggebröselt“, klagt Klemke.

Einem der Gründer der EBV, Wilhelm Wagner vom Berg, wurde die Abkassiererei zu viel. Er wurde 1998 aus der Gesellschaft ausgeschlossen, nachdem er seiner Darstellung nach nicht bereit war, eine Unterschlagung von Provisionen für den Windpark Wolgast mitzutragen. „Wir bekamen 1997 von dem Anlagenhersteller Enercon laut Vertrag eine Provision von 300 000 Mark für den Kauf von 17 Windkraftanlagen, die eigentlich den Anteilseignern des Wolgast-Fonds zugestanden hätte“, sagt er. Die beiden Gesellschafter der Windpark Wolgast GmbH, Maug und Stefan Blankemeyer, hätten dieses Geld den Gesellschaftern des Fonds gutschreiben müssen.

Die Staatsanwaltschaft Oldenburg ermittelte gegen Maug und Co., das Verfahren wurde eingestellt. „Berg ist überall abgeblitzt“, sagt Maug, der die Vorwürfe von sich weist. Die Gesellschafter des Fonds wollen das Verfahren allerdings neu aufrollen.

Bei einem anderen Urteil wurde eine EBV-Tochter in erster Instanz bereits zu Schadensersatz verurteilt. Manche ihrer Fonds stehen kurz vor der Pleite. Trotzdem macht das Unternehmen in seinen gediegenen holzvertäfelten Büros in Oldenburg munter weiter.

Anlagen im norddeutschen Wattenmeer und in der Ostsee sind auch für die EBV die nächste große Luftnummer. Dabei fordert die Windenergiebranche von ihren grünen Freunden in der Bundesregierung neben der Einspeisevergütung für den Strom eine Staatshaftung für die Windräder. Nichts verkauft sich besser als Verluste auf Staatskosten – solange Rot-Grün noch regiert.

CHRISTOPH PAULY

* Mit Kerstin Müller, Grünen-Staatsministerin im Auswärtigen Amt, und Außenminister Joschka Fischer.